

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
RATES**

**Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:
22. Rat 2009-2014
Sitzungsdatum:
01.12.2011**

Niederschrift

Übach-Palenberg, den 01.12.2011

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch versammelte sich heute um 18:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Rat der Stadt Übach-Palenberg

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung vom 22.09.2011
2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus öffentlicher Sitzung
 - 2.1 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 12.05.2011 aus öffentlicher Sitzung
 - 2.2 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 20.06.2011 aus öffentlicher Sitzung
3. Einbringung des Haushaltes 2012
4. Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen
 - 4.1 Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes (Schulsozialarbeit)
 - 4.2 Umsetzung der Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes, hier: Übertragung der Einstellung der sozialpädagogischen Fachkräfte auf die AWO gGmbH
5. Bestellung eines Kämmerers durch den Rat der Stadt Übach-Palenberg
6. Gebührenkalkulationen für die öffentlichen Einrichtungen Straßenreinigung, Stadtentwässerung, Abfallbeseitigung und Bestattungswesen für das Jahr 2012
7. 13. Änderungssatzung zur Gebührensatzung über die Abfallbeseitigung
8. 8. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe im Gebiet der Stadt Übach-Palenberg
9. 1. Änderung der Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern der Stadt Übach-Palenberg -Hebesatzsatzung-

10. Forstwirtschaftsplan 2012
 11. Entwicklungskonzept für den zentralen Versorgungsbereich des Nahversorgungszentrums Marienberg in Übach-Palenberg
 12. Bebauungsplan Nr. 95 - Marienstraße - 1. Änderung im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB
hier: Aufstellungsbeschluss und Beschluss der öffentlichen Auslegung
 13. Antrag nach § 5 GeschO der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 31.01.2011 betr. Umstellung auf elektronische, papierlose Rats- und Gremienarbeit
 14. Antrag der CDU-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 11.11.2011 betr. Neubesetzung von Ausschüssen
 15. Erweiterungen zur Tagesordnung
 - 15.1 Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen gem. § 5 GeschO vom 16.11.2011 betr. Neubesetzung von Ausschüssen
 - 15.2 Antrag der SPD-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 17.11.2011 betr. Einrichtung einer OGS an der KGS Übach
 - 15.3. Anordnung einer Einwohnerversammlung betr. Entwicklungskonzept für den zentralen Versorgungsbereich des Nahversorgungszentrums Marienberg in Übach-Palenberg
 16. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
 17. Bericht des Kämmerers zur Finanzlage der Stadt Übach-Palenberg
 18. Bericht über die gesponserten Aktivitäten in Übach-Palenberg
- B) Nichtöffentliche Sitzung**
19. Genehmigung der Niederschrift der nichtöffentlichen Sitzung vom 15.09.2011
 20. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 12.05.2011 aus nichtöffentlicher Sitzung
 21. Beschluss über die zu ehrenden Bürger anlässlich des Bürgerempfangs 2012
 22. Vergabeangelegenheiten
 - 22.1 Vergabe von Sachversicherungsdienstleistungen für verschiedene Gebäude im Stadtgebiet Übach-Palenberg
 - 22.2 Vergabe zur Lieferung von Computern für die Schulen der Stadt Übach-Palenberg

- 22.3 Verpachtung von Dachflächen zur Installation von Photovoltaikanlagen
- 23. Weiteres Vorgehen in Bezug auf städtische Derivatgeschäfte
- 24. Klangbrücke
hier: Abstimmung des Vorgehens im anhängigen Streitverfahren vor dem OLG Köln
- 25. Einzelhandelsangelegenheit
- 26. Waschkaue
- 27. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 27.1 Verkauf der städtischen Ackerflächen Flur 5, Nr. 25/1 und Nr. 28/1
- 28. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Frau Brigitte Appelrath	B'90/Die Grünen
Frau Bärbel Bartel	SPD
Herr Franz Bergstein	UWG
Herr Wolfgang Bien	UWG
Herr Rudolf Burbaum	SPD
Herr Thomas Dieckmann	UWG
Herr Herbert Fibus	SPD
Herr Fred Fröschen	CDU
Herr Josef Fröschen	CDU
Herr Peter Fröschen	CDU
Frau Silvia Gillen	CDU
Herr Herbert Görtz	CDU
Herr Gerhard Gudduschat	CDU
Herr Wolfgang Gudduschat	FDP
Herr Walter Junker	CDU
Frau Norma Kuhlmeier	SPD
Herr René Langa	CDU
Herr Herbert Mlaker	SPD
Herr Hans-Georg Overländer	SPD
Frau Eva Maria Piez	SPD
Herr Winand Ruland	CDU
Herr Hüseyin Salin	SPD
Herr Dieter Sarasa	UWG
Herr Wolfgang Schneider	SPD
Herr Jörg Ulrich	CDU
Herr Oliver Walther	CDU
Frau Corinna Weinhold	UWG

Herr Heiner Weißborn SPD
Herr Hubert Wynands CDU

Abwesende Stadtverordnete

Frau Karin Fürkötter SPD
Herr Manfred J. Offermanns parteilos
Herr Rainer Reißmayer B'90/Die Grünen

Verwaltungsbedienstete

Herr Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch
Herr Erster Stadtbeigeordneter Engelbert Piotrowski
Herr Dezernent Hans-Peter Gatzert
Herr Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek
Herr Kämmerer Björn Beeck
Herr Stadtamtmann Herbert Jansen

Schriftführerin

Frau Stadtamtfrau Kerstin Schade

Bürgermeister Jungnitsch stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Rates fest. Er begrüßte die Stadtverordneten, die Vertreter der Verwaltung, die Zuschauer und die Vertreter der Presse.

Besonders begrüßte er Herrn Wolfgang Gudduschat als neues Ratsmitglied, der für den ausgeschiedenen Stadtverordneten Dr. Frank Tuchtenhagen nachgerückt ist. Er hieß Herrn Gudduschat herzlich willkommen und erklärte, dass heute keine Verpflichtung des neuen Stadtverordneten erfolgen müsse, da Herr Gudduschat bereits als sachkundiger Einwohner verpflichtet worden sei.

Bürgermeister Jungnitsch schlug folgende Änderungen zur Tagesordnung vor: TOP 25 "Einzelhandelsangelegenheit" wird von der Tagesordnung abgesetzt und die Punkte 11 "Entwicklungskonzept für den zentralen Versorgungsbereich des Nahversorgungszentrums Marienberg in Übach-Palenberg" und 12 "Bebauungsplan Nr. 95 - Marienstraße- 1. Änderung im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB, hier: Aufstellungsbeschluss und Beschluss der öffentlichen Auslegung" werden zurückgestellt. Im Ausschuss für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Marketing sowie im Haupt- und Finanzausschuss habe man empfohlen, hierzu zunächst eine Einwohnerversammlung durchzuführen. Die Tagesordnung solle entsprechend um den Punkt "Anordnung einer Einwohnerversammlung betr. Entwicklungskonzept für den zentralen Versorgungsbereich des Nahversorgungszentrums Marienberg in Übach-Palenberg" im öffentlichen Teil der Sitzung erweitert werden. Weiterhin solle die Tagesordnung im nichtöffentlichen Teil um den Punkt "Verkauf der städtischen Ackerflächen Flur 5, Nr. 25/1 und Nr. 28/1" erweitert werden. Diesen Punkt habe der Haupt- und Finanzausschuss in seiner letzten Sitzung zur Entscheidung an den Rat verwiesen.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird wie folgt geändert:

1. TOP 25 "Einzelhandelsangelegenheit" wird von der Tagesordnung abgesetzt.
2. Die Punkte 11 "Entwicklungskonzept für den zentralen Versorgungsbereich des Nahversorgungszentrums Marienberg in Übach-Palenberg" und 12 "Bebauungsplan Nr. 95 -Marienstraße- 1. Änderung im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB, hier: Aufstellungsbeschluss und Beschluss der öffentlichen Auslegung" werden zurückgestellt.
3. Die Tagesordnung wird im öffentlichen Teil um den Punkt "Anordnung einer Einwohnerversammlung betr. Entwicklungskonzept für den zentralen Versorgungsbereich des Nahversorgungszentrums Marienberg in Übach-Palenberg" erweitert.
4. Die Tagesordnung wird im nichtöffentlichen Teil um den Punkt "Verkauf der städtischen Ackerflächen Flur 5, Nr. 25/1 und Nr. 28/1" erweitert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass die SPD-Fraktion jeweils am Ende der öffentlichen Sitzung und am Ende der nichtöffentlichen Sitzung eine Anfrage an die Verwaltung richten wolle.

A) **Öffentliche Sitzung**

1. **Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung vom 22.09.2011**
-

Stadtverordneter **Overländer** wies darauf hin, dass auf Seite 23 der Niederschrift unter "Anfrage 1 der SPD-Fraktion" ein falsches Datum angegeben worden sei.

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Rates vom 22.09.2011 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus öffentlicher Sitzung

2.1 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 12.05.2011 aus öffentlicher Sitzung

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 12.05.2011 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

2.2 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 20.06.2011 aus öffentlicher Sitzung

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 20.06.2011 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

3. Einbringung des Haushaltes 2012

Bürgermeister Jungnitsch hielt folgende Haushaltsrede:

„Sehr geehrte Damen und Herren des Rates der Stadt Übach-Palenberg,

heute bringe ich den Haushalt des Jahres 2012 ein.

Dem Grunde nach könnte ich Ihnen auch die Haushaltsrede für den Haushalt 2011 vortragen. An den entscheidenden Rahmenbedingungen hat sich leider nichts geändert.

Im Gegenteil, neue Hiobsbotschaften sind dazu gekommen, die uns das Leben in unserer Stadt nicht vereinfachen.

Dennoch werden wir uns nicht entmutigen lassen. Wir arbeiten intensiv an der Lösung der Probleme und versuchen, das Beste aus der Situation, die uns wahrscheinlich noch Jahre so begleiten wird, zu machen.

Im Jahre 2011 konnten wir, insbesondere durch Sponsoring, eine Vielzahl von Veranstaltungen realisieren. Herausheben möchte ich in diesem Zusammenhang das 1. Übach-Palenberger Familienfest. Hier hatten tausende begeisterte Besucher, alt wie jung, bei Sonnenschein 2 Tage lang viel Spaß! Aber auch im kulturellen Leben der Stadt hat sich Vieles weiterentwickelt. Regelmäßig ausverkaufte Schlosskonzerte, Vernissagen und die Verleihung des 1. Übach-Palenberger Kunst- und Kulturpreises stehen hier stellvertretend für viele Ereignisse.

In den Vereinen konnte ich bei meinen vielen Besuchen das pulsierende und florierende Vereinsleben hautnah spüren. „Danke!“ sage ich an dieser Stelle allen ehrenamtlich Tätigen in unserer Stadt für ihr unermüdliches Engagement für die Vereine und in den Vereinen. Damit leisten sie Erhebliches zum Wohle unserer Stadt!

Nur eine kleine Anerkennung können hier die entsprechenden Ehrungen, die nach wie vor regelmäßig und dankenswerterweise in den Vereinen stattfinden, sein. Ebenso die Ehrungsveranstaltungen unserer Stadt.

Wir versuchen halt mit „Bordmitteln“ und gesponsertem Geld, soweit es geht, das kulturelle Leben aufrecht zu erhalten und das gelingt m.E. recht ordentlich!

Auch im Bereich der internationalen Begegnungen mit unseren Partnerschafts-

kommunen Rosny-sous-Bois und Landgraaf konnten wir dank des guten aber auch erheblichen Einsatzes des Vorstandes des Partnerschaftsvereins viele gute und neue Impulse setzen. Insbesondere die Ausdehnung der Aktivitäten in den Wirtschaftsbereichen ist für die Partnerschaftskommunen und auch für uns von hohem Interesse.

Dass der Bürgermeister, aber auch die Mehrheitskoalition, einen besonderen Schwerpunkt auf die wirtschaftliche Entwicklung in unserer Stadt legt, wurde durch die Ausrichtung des Wirtschaftsforums im Schloss Zweibrücken, welches mit der Bezirksregierung Köln veranstaltet wurde, unterstrichen. Zum Thema „Nachhaltigkeit der Lebensmittelproduktion“ referierte u.a. der gebürtige Übach-Palenberger (Marienberger) und jetzige Generalbevollmächtigte der Lidl-Stiftung Walter Pötter. Ich darf daran erinnern, dass wir die Ansiedlung der Schokoladenfabrik sicherlich auch, vielleicht sogar insbesondere dem Engagement von Walter Pötter verdanken. Schokolade, in Übach-Palenberg hergestellt, wird durch den LIDL-Konzern in ganz Europa vertrieben. Der Name unserer Stadt als Schokoladenstadt wird so - positiv belegt - bekannt gemacht.

Ihnen allen ist bekannt, dass aktuell auf dem Gelände der Schokoladenfabrik ein weiterer Bauabschnitt für eine weitere Lebensmittelproduktionsstraße vor der Fertigstellung steht. Nach heutigem Stand gehe ich davon aus, dass weitere Bauabschnitte folgen. Neue Arbeitsplätze insbesondere im Hochtechnologiebereich entstehen und mittelfristig wird sich dies auch positiv auf die Gewerbesteuererinnahmen der Stadt auswirken. Übach-Palenberg hat durch dieses von Walter Pötter gezeigte Engagement schon heute einen guten Schritt in eine positive Zukunft gemacht!

Ärgerlich ist nur, dass so ein Engagement manchmal sehr schnell aus dem Blick gerät und im „Klein-Klein“ individuelle Interessen höher angesiedelt werden, als dies einer Gesamtsicht gut tun und vor allem standhalten würde!

So ist für mich manche Diskussion und vor allem mancher verharrende Standpunkt nicht nachvollziehbar, weil letztendlich schädlich für die wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt. Zu viele Restriktionen sind die völlig falschen Signale in Richtung wirtschaftliche Entwicklung einer Kommune. Hier muss Dynamik, Unterstützung und ein vertretbarer Freiraum gegeben sein, um in der heutigen Zeit und im Wettbewerb mit anderen Kommunen erfolgreich sein zu können.

Wenn jede Gruppierung und politische Richtung hier ihr eigenes Süppchen kochen will, wird das ganze Essen ungenießbar! Zum Schaden der Entwicklung unserer Stadt und somit zum Schaden der Verbesserung der finanziellen Rahmenbedingungen.

Dass von Seiten der Bezirksregierung und des Landes oft nicht viel Gutes zu erwarten ist, zeigen immer wieder Reaktionen auf Einlassungen seitens unserer Stadt. Ob Entwicklung und Abrechnung von Gewerbegebieten, ob L 42 n, ob Waschkaue, ob Klangbrücke, ob Abrechnung EuRegionale 2008. Immer ist eine rechtlich sicherlich abgesicherte aber sehr engstirnige und im Ermessensspielraum sehr einseitige tendenzielle Auslegung, leider nicht zu Gunsten unserer Stadt, seitens dieser Oberbehörden zu erkennen. Hier muss man wirklich einmal eine sehr grundsätzliche Fragestellung aufwerfen. Denn die Erwartung, dass diese Behörden nicht nur bei vergangenen Mehrheiten politisch neutral zu sein hatten, ist nicht nur gegeben, sondern verpflichtend für diese Behörden! Auch hier ist eine mögliche Überprüfung aus diesem Blickwinkel einmal denkbar und fast in eine greifbare Verpflichtung gerückt.

Weitere einzelne Themen sind, dass die Klangbrücke in diesem Jahr soweit geöffnet werden konnte, dass sie den Bürgern zur Nutzung freigegeben wurde. Weitere Verbesserungen werden erst dann möglich sein, wenn die juristische Auseinandersetzung beendet ist. Die Waschkaue bietet uns weiterhin großes Ärgerpotential. Die Nutzung auf breiter Ebene ohne kommerzielle Ausrichtung ist endlich mit Einzug des neuen Geschäftsführers bei der AWO begonnen worden. Ein von Stadt und AWO überarbeitetes Nutzungskonzept ist der Bezirksregierung vorgestellt worden - dennoch beharrt die Bezirksregierung auf m.E. von Anbeginn der Umbauüberlegungen an nicht erfüllbare Kriterien und hat uns sogar nach langen Verhandlungen einen Rückforderungsbescheid der in den vergangenen Jahren für den Umbau gezahlten Zuschüsse zugestellt. Es geht hier um nahezu 2 Millionen Euro! Meine Damen und Herren.

Für mich ist diese Verhaltensweise gegenüber einer Kommune, die nachweislich zu den finanzärmsten in NRW und im Bundesgebiet gehört, nicht nachvollziehbar. Es wird ein interfraktionelles Gespräch beim zuständigen Ministerium unter Beteiligung, neben den Fraktionen, von Bürgermeister, Verwaltungsvertretern und AWO zeitnah angestrebt.

Erfreuliche Dinge gibt es aber auch.

So sind alle städtischen Grundstücke am Waubacher Weg verkauft und in dieser wunderbaren Wohnlage werden sich schnell vor allem junge Familien ansiedeln. Gleichermäßen bietet jetzt auch die katholische Kirche auf der gegenüber liegenden Seite der städtischen Grundstücke Bauland am Waubacher Weg an. Eine gute Entwicklung! Ebenso gut läuft der Grundstücksverkauf am Kirchenweg II und im Rochusgebiet. Hier wird fleißig durch den Investor erschlossen und erste Bauaktivitäten sind ebenfalls zu erkennen. Für mich ein Zeichen, dass es auch bei der vorausgesagten demografischen Entwicklung wichtig ist, attraktive Neubaugebiete zusätzlich zu innerstädtischen Verdichtungsüberlegungen auszuweisen. Dass alle Neubaugebiete direkt mit LED-Straßenbeleuchtung ausgestattet werden, ist nicht nur ein Wunsch des Bürgermeisters, sondern sinnvolles Tun mit Blick auf die Umwelt und auf die Stromkosten.

Ebenso erfreulich erkennt man in Marienberg die Entwicklung des neuen Nahversorgungszentrums. Gerade in den außen liegenden Stadtteilen ist eine Nahversorgung unabdingbar! Unsere älter werdende Gesellschaft verlangt dies geradezu. Hier soll und wird Marienberg ein gutes Beispiel werden, wie dies gestaltet werden kann. Bezüglich der „Vorschreiberitis“ verweise ich auf das oben gesagte. Weniger Bürokratie und mehr pragmatisches Denken und Handeln täte uns allen gut!

Attraktiv wird in Marienberg sicherlich auch das neue Naherholungsgebiet in der ehemaligen Kiesgrube, in dem Mensch und Natur im Einklang leben können. Menschen werden hier Erholung in vielfältigster Art finden. Auch unserer Jugend, und dies möchte ich besonders betonen, werden altersgerechte Möglichkeiten geboten werden.

Wie MdB Thomas Rachel auf dem Kreisparteitag der CDU am 11. November mitteilte, hat er sich intensiv für die weitere Förderung unseres Mehrgenerationenhauses eingesetzt. Der Bescheid, dass die Förderung gesichert ist, kam dann in der Woche danach auf meinen Schreibtisch. Ich zitiere aus dem Schreiben von Thomas Rachel: „Das Mehrgenerationenhaus in Übach-Palenberg leistet eine hervorragende Arbeit und bietet ein vielfältiges Angebot für Jung und Alt an. Daher

freue ich mich ganz besonders, dass das Mehrgenerationenhaus in Übach-Palenberg nun nach Antrag eine Verlängerungsbewilligung in Höhe von 40.000,- Euro pro Jahr erhält. Mit dem Folgeprogramm stellt die CDU-geführte Bundesregierung sicher, dass die Mehrgenerationenhäuser auch in Zukunft mit ihrer Arbeit den Zusammenhalt der Generationen nachhaltig stärken und ihre Türen für Menschen jeden Alters offen stehen“.

Bedauerlich ist, dass die Sanierungsbemühungen unserer Schulen immer wieder von Vandalen erheblich gestört werden. So wurde in Boscheln in der Grundschule durch Brandstiftung ein ganzer Trakt, der für die OGS (= offene Ganztagschule) eingerichtet war, unbrauchbar und musste erneuert werden. Durch Einbrüche in unsere Schulen wurde erhebliches Equipment gestohlen und musste neu angeschafft werden. Auch wenn Versicherungen hier zumindest die finanzielle Seite lindern, ist es doch mit Arbeit und Aufwand verbunden, welche wir eigentlich in neue Aktivitäten stecken könnten und sollten.

Auch die Verwaltung hat im Jahr 2011 weiter versucht zu konsolidieren und versucht weitere Sparpotentiale aufzudecken. Dies fällt zunehmend schwerer, weil eigentlich alles schon mal von links auf rechts und umgekehrt gedreht wurde. Es kann und darf aber nicht so sein, dass zu Lasten der Mitarbeiter immer mehr Aufgaben auf immer weniger Köpfe verteilt werden! Von daher ist ein weiterer Personalabbau von mir nicht geplant. Ab Januar wird dann auch die leistungsorientierte Bezahlung (LOB) endlich eingeführt.

Hier besteht dann auch die Möglichkeit für angestellte Mitarbeiter, die besondere Leistungen erbringen, ein Zusatzentgelt entsprechend den gesetzlichen und tariflichen Bestimmungen zu erhalten. Dank an dieser Stelle auch allen Mitarbeitern der Verwaltung, dass sie trotz der sehr oft widrigen Rahmenbedingungen fleißig, effizient und oft über das normale Maß hinaus im Dienste unserer Stadt für unsere Bürger gearbeitet haben.

Bei der Erstellung des Haushaltes mussten wir für das kommende Jahr wegen möglicher Verluste bei den Zinsoptimierungsgeschäften, den Derivaten in Schweizer Franken, 2 Millionen Euro rückstellen.

Um möglicherweise aus diesen Geschäften rückwirkend aussteigen zu können, werden zeitnah Gespräche mit dem Vorstand der West-LB aufgenommen bzw. die Möglichkeit einer Klage gegen die West-LB geprüft. Hierzu müssen sich Bürgermeister und Kämmerer jedoch einer namhaften Anwaltskanzlei bedienen. Die notwendigen Schritte werden jeweils in engster Abstimmung und Begleitung mit dem Rat der Stadt Übach-Palenberg durchgeführt. Eine entsprechende Abstimmung steht heute ja noch an. Im Übrigen wurde bereits vor Jahren auf derartige Geschäfte in Veröffentlichungen von Herrn Urban hingewiesen.

Das Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) 2011 hat unserer Stadt nicht die erhoffte Verbesserung und insbesondere von der Opposition populistisch hochgeschaukelte Hoffnung auf mehr Geld gebracht. Die Schlüsselzuweisung ist gleich (niedrig) geblieben (schon gut, dass sie nicht gesunken ist), aber die kausal damit zusammenhängende Kreisumlage ist um insgesamt 1,6 Millionen Euro gestiegen, obwohl sie nominell insgesamt nicht gestiegen war! Also auch bei dem von der städtischen Opposition so verteufelten Modell der Landes-CDU wäre für Übach-Palenberg unter dem Strich unter Einschluss der Kreisumlage nicht weniger herausgekommen - aber leider auch nicht mehr!

Für 2012 sieht es erfreulicherweise etwas anders aus. Die Kreisumlage wird vor-

aussichtlich um ca. 480.000 Euro gesenkt werden, über das GFG 2012 werden wir ca. 9 Mio. Euro bekommen, das sind ca. 3,2 Mio. Euro mehr als im vergangenen Jahr. Ebenso kann das System des Städtestärkungspaktes ca. 2 Mio. Euro mehr in unsere Kassen spülen, dies ist aber noch nicht abschließend im Landtag beschlossen!

Das sind gute Rahmenbedingungen, die aber leider unser strukturelles Defizit nicht beenden werden.

Wir werden immer noch ein strukturelles Defizit von ca. 5,5 Mio. Euro haben, trotz Mehreinnahmen. Dies zeigt, dass eine Änderung unserer Lage einzig und allein durch eine weitere Veränderung des Gemeindefinanzierungssystems bzw. der Aufgabenübertragung erreicht werden kann. Wer die Musik bestellt, soll sie gefälligst auch bezahlen!

Wir müssen nun bis zum 30.6.2012 ein Sanierungspapier erstellen, aus dem hervorgehen soll, wie wir unsere Finanzen in den nächsten 5 Jahren in den Griff bekommen wollen. Dies wird mit Unterstützung durch einen Berater der Gemeindeprüfungsanstalt erfolgen. Ich habe jedoch nicht die große Hoffnung, dass die Sanierung unseres Haushaltes - auch mit Berater - in dieser Zeit aus eigener Kraft zu schaffen ist.

Wir werden aber sehen. Gerne lasse ich mich da eines Besseren belehren!

Bevor wir jedoch tätig werden können, müssen wir die Gesetzgebung abwarten.

Bis heute kann mir Niemand auf Bezirks- oder Landesebene sagen, welche Rahmenbedingungen beim Städtestärkungspakt gelten und was zu erstellen ist. Alles läuft unter dem Vorbehalt des Gesetzgebungsverfahrens. Ich hoffe, dass es noch im Dezember zum Abschluss gebracht wird, sonst werden wir die für 2011 eigentlich vorgesehenen ca. 2 Mio. Euro voraussichtlich auch nicht mehr bekommen. Ob sie dann verloren sind oder nicht, weiß auch noch niemand mit Bestimmtheit zu sagen. Ich gehe mittlerweile immer vom schlechteren Fall aus, ...dachte ich am Sonntag als ich diese Rede schrieb....

Wobei die aktuelle Entwicklung in den letzten Tagen in der Tat die Hoffnung nährt, dass in der kommenden Woche dieses Gesetz verabschiedet wird und somit diese Mittel noch in diesem Jahr fließen können. Es ist das erste Mal, dass ich erkennen kann, dass eine Landesregierung die eklatanten Finanznöte der Kommunen ernst nimmt und auch handelt! Frau Dr. Ruth Seidl, Grünen-Landtagsabgeordnete aus Wassenberg, zeigte sich zufrieden mit dem Vorschlag, der nun zur Beschlussfassung ansteht: „Zwar werden die betroffenen Städte und Gemeinden erhebliche Eigenanstrengungen erbringen müssen und durch den Stärkungspakt verbindlich auf die Konsolidierung verpflichtet. Aber erstmals seit Jahren haben diese Kommunen überhaupt eine realistische Chance, einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen.“

Es ist ein guter Anfang, aber leider noch nicht genug und zu Ende gedacht. Neben den Maßnahmen aus Berlin (Übernahme der Grundsicherung) und dem Land mit dem Städtestärkungspakt muss in der Tat, neben den eigenen erheblichen Anstrengungen aus der Kommune, grundsätzlich und immer die Konnexität auch rückwirkend beachtet werden. Konnexität ist auf die einfache Übersetzungsformel gebracht: Wer die Musik bestellt, soll sie gefälligst auch bezahlen! Hier ist noch eine erhebliche Schieflage zu konstatieren. Aber, wie gesagt, es ist ein guter Anfang!

Zu den einzelnen Werten des Haushalts 2012 wird uns Kämmerer Björn Beeck

einige Erläuterungen geben. Die Vorschläge unserer Bürger, die über das Internet aber auch auf anderen Wegen bei uns eingegangen sind, wurden von Herrn Beeck eingearbeitet, soweit es ging. Auch hierzu wird er uns Ausführungen machen. Dank an dieser Stelle allen Bürgern, die uns durch ihre Vorschläge unterstützt haben.

Adventszeit und Weihnachtszeit ist die Zeit im Jahr, wo Wünsche geäußert werden dürfen. Deshalb möchte ich an dieser Stelle noch einen besonderen Wunsch äußern.

Ich weiß, dass der jetzt eingebrachte Haushalt und das dazu gehörige Haushaltssicherungskonzept, so wie die letzten, nicht genehmigungsfähig sein wird. Zu groß ist noch das strukturelle Defizit. Auch aus der Nothaushaltssituation werden wir nicht heraus kommen. Das Sanierungspapier wird zeigen, wie die nächsten 5 Jahre finanziell in unserer Stadt gestaltet werden können. Eins ist sicher, die Zeiten werden nicht einfacher und das Geben, auch in sinnvolle Dinge, wird schwerer werden.

Nun zu meinem Wunsch. Verehrte gewählte Vertreter im Rat – und damit meine ich wirklich alle – reden Sie, auch wenn es Sie danach drängt, unsere Stadt nicht schlecht. Es gibt keinen alleinigen Schuldigen für die Situation, so wie wir sie jetzt hier haben. Eine Vielzahl von kleinen und teilweise anders gedachten, teilweise falschen Schritten hat zu dieser unsäglichen Situation geführt aber auch einfach nur Pech!

Wenn ich nun versuche, mit Ihrer Unterstützung aus diesem finanziellen Desaster heraus zu kommen, dann wird dies bedeuten, dass eine Vielzahl von wenig populären und sogar unangenehmen Entscheidungen zu treffen sind. Wenn immer nur – und jetzt geht mein Blick in Richtung Opposition – der vermeintlich eigene Popularitäts-Gewinn aus der Situation im Vordergrund steht, dann werden wir das Ziel so nicht erreichen. Ich mache dies an einem Beispiel fest. Wenn ich laufend nur davon rede, dass eine Gebühr, wie z.B. der Eintrittspreis in unserem Schwimmbad, zu hoch ist, dann setzt sich das in den Köpfen fest, und schreckt dann ggf. Besucher ab, mit der Folge, dass wir uns am Ende des Tages u.U. über noch drastischere Maßnahmen unterhalten müssen. Das wollen Sie dann doch auch nicht. Oder?

Deshalb mein Wunsch, dass wir mit dem Sanierungsplan 2012 - der ab Januar bis zum 30.6.2012 erstellt werden wird - beginnen, insgesamt Solidarität zu zeigen und zum langfristigen Wohle der Bürger unserer Stadt gemeinsam versuchen, die Finanzen in Ordnung zu bringen und Polemik bei Seite lassen!

Ich wünsche Ihnen und uns allen in unserer Stadt ein nicht so desolates und mit Hiobsbotschaften übersätes Jahr 2012 – Ihnen und Ihren Familien ein gesegnetes Weihnachtsfest, einen guten Rutsch ins neue Jahr und vor allem, dass Ihnen viel Glück, Erfolg und Gesundheit im Jahre 2012 ins Haus steht.

Für den Haushalt, den wir planen in der ersten Sitzung des Jahres 2012, am 2. Februar, zu verabschieden, wünsche ich dann noch gute Beratungen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

Im Anschluss hielt Kämmerer **Beeck** folgende Rede:

„Sehr geehrte Damen und Herren des Rates der Stadt Übach-Palenberg,

sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung,
sehr geehrte Vertreter der Presse,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger!

Wie Herr Jungnitsch in seiner Rede bereits angedeutet hat, möchte ich zunächst ein paar komprimierte Ausführungen zum Zahlenwerk des Haushaltes 2012 machen. Für weitergehende Informationen verweise ich auf den Vorbericht zum Haushalt:

Zum Finanzhaushalt:

Das **Investitionsvolumen** beträgt in 2012 ca. 2,3 Mio. €. Finanziert werden diese Maßnahmen durch investive Pauschalen (650 T€), Zuweisungen und Beiträge (280 T€), Veräußerungserlöse und sonstige Einzahlungen (100 T€) und Kredite (1,3 Mio. €). Die geplante Tilgung beträgt ebenfalls 1,3 Mio. €, so dass es in 2012 planmäßig nicht zu einer Erhöhung des Investitionskreditvolumens kommen wird. Diese Wende ist ein Beitrag für eine mittel- bis langfristige Haushaltskonsolidierung. Die Entwicklung der Liquiditätskredite zur Finanzierung des lfd. Geschäfts bleibt jedoch weiterhin besorgniserregend. In 2012 werden wir planmäßig ca. 3 Mio. € neue Liquiditätskredite benötigen, so dass sich das Gesamtkreditvolumen weiterhin erhöhen wird.

Zum Ergebnishaushalt:

Der Gesamtbetrag der **Erträge** in Höhe von ca. **52,2 Mio. €** ist im Vergleich zum Vorjahr (da waren es ca. 48 Mio. €) um 4,2 Mio. € bzw. 8,75 % gestiegen. Grund hierfür sind die höhere Schlüsselzuweisung (+ 3,2 Mio. €), die Mittel aus dem Stärkungspaktgesetz (+ 2 Mio. €), die Erhöhungen bei den Gemeindeanteilen an der Einkommens- und Umsatzsteuer (+ 600 T€) und die Erhöhung der Grundsteuer B (+ 137 T€). Dementgegen steht eine geplante Ertragsverminderung bei der Gewerbesteuer (- 1,6 Mio. €) trotz Erhöhung des Hebesatzes, da keine deutliche Steigerung zu den Werten des Jahres 2011 zu erkennen bzw. abzuleiten ist.

Demgegenüber ist der Gesamtbetrag der **Aufwendungen** in Höhe von **57,6 Mio. €** im Vergleich zum Vorjahr (da waren es 55,5 Mio. €) um 2,1 Mio. € bzw. 3,78 % gestiegen. Grund hierfür sind die einkalkulierten Verluste aus Derivatgeschäften mit 2 Mio. €. Die restlichen Aufwendungen halten sich folglich die Waage (zu nennen: niedrigere

Kreisumlage, niedrigere Personalkosten, höhere Heiz- und Energiekosten, höhere Unterhaltungskosten).

Im **Saldo** zwischen den Erträgen und den Aufwendungen erwirtschaften wir folglich wieder ein **Defizit** in Millionenhöhe: **5.337.486 €** um genau zu sein! **Dieses Defizit im Sinne einer intergenerativen Gerechtigkeit nachhaltig abzubauen, das muss unser aller Aufgabe sein.** Dies hat nun auch endlich der Landesgesetzgeber erkannt. Auch wenn ich im Vorbericht zum Haushalt an mehreren Stellen darauf eingehe, warum das Stärkungspaktgesetz Gefahr läuft, ein zahnloser Tiger zu werden, so möchte ich hier und jetzt zunächst die Richtigkeit dieses ersten Schrittes unterstreichen. Egal ob Stärkungspaktgesetz oder KomPAsS II, für uns Kommunen war der Einstieg in das komplizierte Thema „Unterfinanzierung“ der größte Erfolg. Nun gilt es dieses Thema in den kommenden Jahren weiter mit Leben zu füllen und da gibt es einiges an Nachholbedarf, wie zum Beispiel:

- Die Einhaltung des Konnexitätsprinzips bspw. durch Bildung eines Kommunalbeirates, welcher anstehende Gesetze auf Finanzierungsfragen hin untersucht
- Die Übernahme der Verantwortung für Sozialaufwendungen wie die Eingliederungshilfen für behinderte Menschen und damit einhergehend deren Finanzierung durch den Bund
- Ein stetig weiter zu entwickelnder Katalog der sog. Freiwilligen Leistungen, damit sowohl die Bundes- als auch die Landesgesetzgebung klar Stellung zu der Frage bezieht, welche Aufgaben ihrer Auffassung nach im kommunalen Bereich „entbehrlich“ sind
- Die Aktualisierung von Basiswerten, die für die kommunale Steuererhebung von Bedeutung sind
- und vieles vieles mehr

Dies wird, da bin ich mir sicher, ein langer und schwerer Prozess, in dem auch die Kommunen ihren Beitrag leisten müssen. Hierbei darf es und wird es unter dem Druck des voraussichtlichen Stärkungspaktgesetzes keine Tabus geben. Qualität wird Vorrang vor Quantität erhalten und Pflichtaufgaben werden Vorrang vor freiwilligen Aufgaben haben.

Einen kommunalen Beitrag hat es bereits gegeben. Unsere Bürgerinnen und Bürger konnten vom 1. August bis zum 21. Oktober 2011 Gebrauch vom sog. Bürgerforum machen. Insgesamt sind 16 Konsolidierungsvorschläge eingereicht worden. Die Prüfungen dieser Vorschläge werden bis morgen fertiggestellt und das Ergebnis sodann schnellstmöglich veröffentlicht, damit sie auch zum Gegenstand der Haushaltsberatungen der Fraktionen werden können. Für den reibungslosen Ablauf (auch wenn es gelegentliche Kritik gab) möchte ich mich an dieser Stelle bei allen Vorschlagsgeberinnen und -gebern ebenfalls recht herzlich bedanken. Sollte es politischer Wille sein, dies oder etwas Ähnliches zu wiederholen, werde ich meine Erfahrungen und die Anregungen der Bürger sicherlich mit einbringen.

Ich hoffe, meine Damen und Herren, dass es für die außerordentlich schwierige und ernste Situation, in der sich diese Stadt befindet, eine zukunftsfähige Lösung in den nächsten Jahren geben wird. Ich weiß, dass dies schwierig ist. Ich weiß aber auch, dass dies nicht unmöglich ist! Deshalb appelliere ich an alle, denen diese Stadt am Herzen liegt, sei es die Politik, die Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltung, die Mütter und Väter unserer städtischen Schülerinnen und Schüler, die Nutzer unserer städtischen Einrichtungen, alle, die die vielfältigen Leistungen unserer Stadt direkt oder indirekt in Anspruch nehmen: Behalten sie bei all ihren Überlegungen, bei all ihren Entscheidungen und auch bei all ihren Forderungen die zukünftigen Auswirkungen für unsere Stadt und unsere Kinder im Auge. Wer sagt "Die Kinder sind unsere Zukunft", der, meine Damen und Herren, muss sich auch an dieser Aussage messen lassen!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit“

4. Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen

4.1 Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes (Schulsozialarbeit)

Beschluss:

Die vorliegende Dringlichkeitsentscheidung vom 27.09.2011 bezüglich der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes (hier: Einrichtung einer dritten Stelle für Schulsozialarbeit sowie entsprechende Erweiterung des abzuschließenden öffentlich-rechtlichen Vertrages zwischen dem Kreis Heinsberg und der Stadt Übach-Palenberg) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

4.2 Umsetzung der Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes, hier: Übertragung der Einstellung der sozialpädagogischen Fachkräfte auf die AWO gGmbH

Stadtverordnete **Appelrath** erklärte, die Angelegenheit sei zwar erledigt, sie wolle aber darauf hinweisen, dass, wenn diese vertrauensvolle Aufgabe bei der Stadt verblieben wäre, diese dadurch auch viel näher an der Jugendhilfe gewesen wäre. Sie hätte es für besser gehalten, wenn die Angelegenheit unter städtischer Regie erfolgt wäre.

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, auch er habe lange überlegt, sich aber letztendlich von der Verwaltung überzeugen lassen, dass diese aufgrund ihrer derzeitigen personellen Situation die Aufgabe selber nicht übernehmen könne. Er würde gerne wissen, ob von der AWO bereits ein Signal gegeben worden sei, dass die 3 Stellen zum 01.01.2012 besetzt werden können.

Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski** antwortete, als Termin für die Vorstellungsgespräche sei der 08.12.2011 vorgesehen. Derzeit sehe es gut aus, dass die Anstellungen zu Beginn des kommenden Jahres erfolgen können.

Beschluss:

Die vorliegende Dringlichkeitsentscheidung vom 18.11.2011 bezüglich der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes (hier: Übertragung der Einstellung der sozialpädagogischen Fachkräfte auf die AWO Service gGmbH) wird genehmigt (die Dringlichkeitsentscheidung ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei einer Enthaltung

5. **Bestellung eines Kämmerers durch den Rat der Stadt Übach-Palenberg**

Kämmerer **Beeck** verließ zu diesem Tagesordnungspunkt den Sitzungssaal.

Bürgermeister Jungnitsch erklärte, er wolle sich an dieser Stelle bei Kämmerer Beeck für die bisher hervorragende Leistung bedanken. Er könne dem Rat nur empfehlen, dem Beschlussvorschlag zu folgen.

Beschluss:

Herr Stadtamtmann Björn Beeck wird vom Rat der Stadt Übach-Palenberg zum Kämmerer gemäß der Gemeindeordnung NRW bestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

6. **Gebührenkalkulationen für die öffentlichen Einrichtungen Straßenreinigung, Stadtentwässerung, Abfallbeseitigung und Bestattungswesen für das Jahr 2012**

Beschluss:

Die Gebührenkalkulationen der Stadt Übach-Palenberg für die öffentlichen Einrichtungen

- a) Stadtreinigung,
- b) Stadtentwässerung,
- c) Abfallbeseitigung,
- d) Bestattungswesen

werden zustimmend zur Kenntnis genommen (die Gebührenkalkulationen sind Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmung

7. **13. Änderungssatzung zur Gebührensatzung über die Abfallbeseitigung**

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, er wolle seine Freude zum Ausdruck bringen, dass hier eine 7%ige Senkung der Gebühren möglich sei. Dies sei besonders positiv, da man die Grundsteuer B erhöhen müsse. So gebe es einen gewissen Ausgleich.

Er wolle an dieser Stelle Stadtamtmann Jansen für seine geleistete Arbeit danken.

Beschluss:

Die als Anlage beigefügte 13. Änderungssatzung zur Gebührensatzung über

die Abfallbeseitigung in der Stadt Übach-Palenberg wird beschlossen (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

8. **8. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe im Gebiet der Stadt Übach-Palenberg**
-

Beschluss:

Die als Anlage beigefügte 8. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe im Gebiet der Stadt Übach-Palenberg wird beschlossen (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

9. **1. Änderung der Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern der Stadt Übach-Palenberg -Hebesatzsatzung-**
-

Stadtverordnete **Gillen** erklärte, so, wie sie es bereits in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses hervorgehoben habe, gehe es hier um die Anhebung auf die fiktiven Hebesätze. Diese errechnen sich aus einem landesweiten Durchschnitt. Hiermit sei sie nicht einverstanden. Ihrer Meinung nach müsse es eine strukturelle Differenzierung geben.

Beschluss:

Die als Anlage beigefügte 1. Änderungssatzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern in der Stadt Übach-Palenberg wird beschlossen (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei 3 Enthaltungen

10. **Forstwirtschaftsplan 2012**
-

Beschluss:

Der Forstwirtschaftsplan für das Jahr 2012 wird zustimmend zur Kenntnis

genommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

11. Entwicklungskonzept für den zentralen Versorgungsbereich des Nahversorgungszentrums Marienberg in Übach-Palenberg

Der Tagesordnungspunkt wurde bereits zu Beginn der Sitzung zurückgestellt.

**12. Bebauungsplan Nr. 95 - Marienstraße - 1. Änderung im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB
hier: Aufstellungsbeschluss und Beschluss der öffentlichen Auslegung**

Der Tagesordnungspunkt wurde bereits zu Beginn der Sitzung zurückgestellt.

13. Antrag nach § 5 GeschO der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 31.01.2011 betr. Umstellung auf elektronische, papierlose Rats- und Gremienarbeit

Bürgermeister Jungnitsch verlas die Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses: "Vorbehaltlich der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde erfolgt die Umstellung auf eine papierlose, elektronische Gremienarbeit. Hierfür wird den Gremienmitgliedern ein mobiler Computer zur Verfügung gestellt. In Ausnahmefällen ist die Zustellung der Unterlagen in Papierform weiterhin möglich."

Beschluss:

Vorbehaltlich der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde erfolgt die Umstellung auf eine papierlose, elektronische Gremienarbeit. Hierfür wird den Gremienmitgliedern ein mobiler Computer zur Verfügung gestellt. In Ausnahmefällen ist die Zustellung der Unterlagen in Papierform weiterhin möglich.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei einer Enthaltung

14. Antrag der CDU-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 11.11.2011 betr. Neubesetzung von Ausschüssen

Beschluss:

Folgende Änderung in der Besetzung der Ausschüsse wird beschlossen:

1. Für den ausgeschiedenen Dr. Frank Tuchtenhagen wird Herr Wolfgang Gudduschat als Mitglied in den Haupt- und Finanzausschuss gewählt.
2. In die Ausschüsse für Schulen, Kirchen, Vereine und Integration und Kultur und internationale Begegnungen wird für den sachkundigen Einwohner Herr Wolfgang Gudduschat Herr Dr. Frank Tuchtenhagen als sachkundiger Einwohner gewählt.
3. Als Ersatz für den verstorbenen sachkundigen Einwohner Herrn Erwin Müller im Ausschuss für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Marketing wird der sachkundige Einwohner Herr Helmut Cybulski als ordentliches Mitglied gewählt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

15. Erweiterungen zur Tagesordnung

15.1 Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen gem. § 5 GeschO vom 16.11.2011 betr. Neubesetzung von Ausschüssen

Beschluss:

Folgende Umbesetzung in den Ausschüssen wird beschlossen:

1. Als neuer Vertreter (statt Christian Peters) wird Gerrit Kozyan in den Ausschuss für Jugend, Familien, Senioren und Soziales gewählt.
2. Als neues Mitglied (statt Rainer Reißmayer) wird Frank Kozyan und als neuer Vertreter (statt Christian Peters) wird Rainer Reißmayer in den Ausschuss für Feuerwehr, Ordnung und Sicherheit gewählt.
3. Als neue Vertreterin (statt Rainer Reißmayer) wird Kirsten Haase in den Ausschuss für Kultur und internationale Begegnungen gewählt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

15.2 Antrag der SPD-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 17.11.2011 betr. Einrichtung einer OGS an der KGS Übach

Schriftführerin **Schade** verlas den Antrag (der Antrag ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, der Rat habe die Einrichtung einer OGS an der KGS Übach einstimmig beschlossen. Die Kommunalaufsicht habe dieses Vorhaben jedoch abgelehnt. Daraufhin habe die Verwaltung die Schule umgehend informiert. Der Förderverein habe daraufhin alle Fraktionsvorsitzenden zu einem Gespräch am 10.11.2011 eingeladen, an dem nur die SPD-Fraktion nicht teilge-

nommen habe, obwohl sie die Teilnahme zunächst zugesagt habe. In dem Gespräch sei die gesamte Angelegenheit besprochen worden, auch, was man wolle und entsprechend versuchen wolle durchzusetzen. Das Ergebnis des Gesprächs habe man dem Bürgermeister und dem Ersten Stadtbeigeordneten mitgeteilt. Man sei sich einig gewesen, dass in einem ersten Schritt sich zunächst die Verwaltung mit der Kommunalaufsicht auseinandersetzen solle. Jetzt heiÙe es im Antrag der SPD-Fraktion „[...] wird der Bürgermeister beauftragt, sich nunmehr [...] einzusetzen.“

Auch wenn der Antrag der SPD-Fraktion das beinhalte, was alle Beteiligten wollen und die CDU-Fraktion dem Antrag demnach auch zustimmen werde, sei es ihm doch wichtig gewesen, das bisherige Vorgehen, unabhängig vom Antrag der SPD-Fraktion, an dieser Stelle einmal darzustellen.

Stadtverordnete **Appelrath** erklärte, sie werde für den Antrag stimmen.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, das Nichterscheinen bei dem Treffen mit dem Förderverein habe einen triftigen Grund gehabt.

Mit der Thematik der Einrichtung einer OGS an der KGS Übach habe er sich intensiv auseinandergesetzt. Und wenn Stadtverordneter Gudduschat sage, der Antrag enthalte die Wünsche aller Beteiligten und somit auch des Fördervereins, dann lasse sich dies damit erklären, dass er unabhängig von dem Treffen am 10.11.2011 mit dem Förderverein gesprochen habe.

Er verstehe nicht, warum damals, in der Angelegenheit Kreisverkehr Jülicher Straße, der Bürgermeister die Klage gegen die Ablehnung angestrebt habe, in dem Fall der Ablehnung der Einrichtung der OGS, bei der es um Schüler, also um Kinder, gehe, eine Klage nicht in Erwägung gezogen habe.

Ein Argument für die Errichtung einer OGS sei, dass nicht klar sei, ob der Kreis vom Land Zuschüsse für die Betreuung von Schulkindern erhalten würde. Klar sei hingegen aber, dass die Stadt für den Betrieb einer OGS eine Förderung des Landes bekäme. Auch müsste sich der Kreis in das Thema einer solchen Betreuung vollkommen neu einarbeiten. Deswegen mache es Sinn, ein Gespräch mit dem Kreis zu führen, in dem alle Argumente gegeneinander abgewogen werden.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, sie werde für den Antrag der SPD-Fraktion stimmen. Allerdings wolle sie zwei Dinge an dieser Stelle anmerken: 1.) Im Rahmen der Einladung zum runden Tisch der Schule habe der Landrat zugesagt, dass er die Angelegenheit wohlwollend prüfen werde. 2.) Bei allen anderen Schulen sei die OGS eingerichtet worden, als es hierfür noch entsprechende Fördergelder gegeben habe. Hätte sich die KGS Übach früher für die Einrichtung einer OGS entschieden, wäre dies weniger problematisch gewesen.

Stadtverordneter **Weißborn** gab Stadtverordneten Weinhold insoweit Recht, als dass es für die Einrichtung einer OGS keinen Investitionszuschuss mehr gebe. Einen Zuschuss für die Unterhaltungskosten gebe es aber nach wie vor. Wenn die KGS Übach bisher keinen Antrag auf Einrichtung einer OGS gestellt habe, werde sie hierfür schon einen guten Grund gehabt haben. Jetzt bestehe aber von Seiten der Elternschaft Interesse an einer OGS in Übach. Natürlich sei es schade, dass

die Fördermittel ausgelaufen seien.

Bürgermeister Jungnitsch erklärte, er finde es schade, dass ein solcher Antrag genutzt werde, um dem Bürgermeister und der Verwaltung vorzuwerfen, nicht vehement genug vorgegangen zu sein.

Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski** ergänzte, die Formulierung des Antrages unterstelle, die Verwaltung habe bisher nicht bzw. nicht stürmisch genug gehandelt. Das Bestreben der Verwaltung sei jedoch, sachlich und argumentativ mit der Angelegenheit umzugehen.

Es sei richtig, dass es bis zum 31.12.2010 Fördermittel für die Errichtung einer OGS gegeben habe und zwar Zuschüsse zu den Baukosten, zur Einrichtung und zur Anschaffung von Spielgeräten. Der Eigenanteil der Stadt habe bei 10% gelegen. Für die KGS Übach wäre für die Errichtung einer OGS ein Betrag von ca. 155.000 € nötig. Bis zum 31.12.2010 hätte somit der Eigenanteil der Stadt bei 15.500 € gelegen.

Frau Pollex, als neue Schulleiterin der KGS, brachte Erfahrungen mit offenen Ganztagschulen mit. Sie startete eine erneute Abfrage, bei der sich ausreichend Interessenten gemeldet haben. Daraufhin stellte Frau Pollex am 28.04.2011 einen Antrag auf Einrichtung einer OGS. Es folgten Planungen, mit denen man an den Kreis herantreten konnte, um eine Genehmigung zu erhalten. Im Vorfeld habe man die Angelegenheit zur Beratung und Entscheidung in die entsprechenden Gremien gegeben und aufgrund der Entscheidung für die Einrichtung einer OGS an der KGS Übach habe die Verwaltung anschließend den Antrag auf Genehmigung bei der Kommunalaufsicht gestellt.

Am 12. und am 26.09.2011 haben Gespräche mit der Kommunalaufsicht unter Beteiligung des Jugendamtes des Kreises Heinsberg stattgefunden, in dem man sich inhaltlich mit der Angelegenheit auseinandergesetzt habe und zwar auch mit den Argumenten, die Stadtverordneter Weißborn vorgebracht habe.

Auch wenn diese Argumente für die Kommunalaufsicht nachvollziehbar waren, sei entscheidend gewesen, dass es sich um eine neue freiwillige Aufgabe handele, die nach § 82 GO NRW nicht genehmigt werden könne.

Bei der folgenden Schulkonferenz der KGS Übach habe man bereits darüber informiert, dass der Antrag voraussichtlich abgelehnt werde. Hier sei man enttäuscht gewesen, habe aber auch gesagt, gut sei, dass zumindest ein Betreuungsangebot (als Aufgabe des Kreisjugendamtes) gegeben sei.

Das Kreisjugendamt habe einen Fragebogen erstellt, um die genaue Bedarfslage ermitteln zu können. Dieser Fragebogen sei vor ca. 2 Tagen der Schule zur Verfügung gestellt worden.

Wichtig sei zu klären, um wie viele Kinder es tatsächlich gehe.

Natürlich werden weitere Gespräche mit dem Kreis geführt werden. Hierfür sei aber auch das Abfrageergebnis entscheidend.

Natürlich könne man den Antrag der SPD-Fraktion heute beschließen. Er wolle nur darauf hinweisen, dass die Verwaltung hier bereits tätig sei.

In Bezug auf eine mögliche Klage, die Stadtverordneter Weißborn angesprochen habe, wolle er darauf hinweisen, dass die Frist hierfür abgelaufen sei. Der Ablehnungsbescheid sei jedoch allen rechtzeitig bekannt gewesen. Auch die Fraktionen seien innerhalb der Klagefrist an der Angelegenheit beteiligt worden.

Abschließend wolle er noch darauf hinweisen, dass es auf jeden Fall für Übach ein Betreuungsangebot geben werde. Und im optimalen Falle in Form einer OGS.

Beschluss:

Auf Grund der Ablehnung der Einrichtung einer OGS an der KGS Übach durch die Kommunalaufsicht wird der Bürgermeister beauftragt, sich nunmehr vehement bei der Kommunalaufsicht für die Zustimmung zur Einrichtung einer OGS einzusetzen. Dabei ist auch die Frage zu erörtern, ob eine OGS, mittelfristig betrachtet, nicht genauso wirtschaftlich sein kann, wie eine Betreuung der Kinder durch den Kreis als Jugendhilfeträger, die einen gesetzlichen Anspruch darauf haben und u. U. an einem anderen Ort als der KGS Übach betreut werden müssten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

15.3 Anordnung einer Einwohnerversammlung betr. Entwicklungskonzept für den zentralen Versorgungsbereich des Nahversorgungszentrums Marienberg in Übach-Palenberg

Bürgermeister Jungnitsch erklärte, der Ausschuss für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Marketing sowie der Haupt- und Finanzausschuss haben empfohlen, in der Angelegenheit zunächst eine Einwohnerversammlung durchzuführen, so dass heute die Anordnung der Einwohnerversammlung zur Abstimmung gestellt werde.

Bürgermeister Jungnitsch verlas die Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses: "Es wird zunächst eine Einwohnerversammlung durchgeführt. Hierzu wird über die Presse, die städtische Homepage und durch den Aushang von DIN A3 Plakaten in den Geschäften im gesamten Stadtgebiet eingeladen."

Er erklärte, dass, sollte man sich heute für die Einwohnerversammlung entscheiden, diese am 20.01.2012 um 19.30 Uhr in der Turnhalle in Marienberg stattfinden werde.

Beschluss:

Es wird zunächst eine Einwohnerversammlung durchgeführt. Hierzu wird über die Presse, die städtische Homepage und durch den Aushang von DIN A3 Plakaten in den Geschäften im gesamten Stadtgebiet eingeladen.

Folgende Stadtverordnete nehmen an der Einwohnerversammlung teil:

**Für die Fraktion der CDU: Stadtverordnete Silvia Gillen und
 Stadtverordneter Gerhard Gudduschat**
Für die Fraktion der SPD: Stadtverordnete Eva Maria Piez und

Für die Fraktion der UWG:	Stadtverordneter Heiner Weißborn
Für die Fraktion	Stadtverordnete Weinhold
Bündnis 90/DIE GRÜNEN:	Stadtverordnete Appelrath
Als Vertreter der FDP:	Stadtverordneter Wolfgang Gudduschat

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

16. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Bürgermeister Jungnitsch teilte mit, dass er zwei Schreiben der Lidl Stiftung erhalten habe. Schriftführerin Schade verlas die Schreiben (die Schreiben sind als Anlage der Niederschrift beigefügt).

- - - - -

Weiterhin teilte **Bürgermeister Jungnitsch** mit, dass die Bezirksregierung Köln in der Angelegenheit Waschkaue einen Rückforderungsbescheid erlassen habe. Er verlas den Tenor des Bescheides:

1. *Der Antrag auf Verlängerung des Anhörungsverfahrens wird abgelehnt.*
2. *Der Antrag, den geförderten Nutzungszweck für die Halle der Waschkaue freizugeben, wird abgelehnt.*
3. *Der Antrag, den Förderzeitraum zu kürzen, wird abgelehnt.*
4. *Die Zuwendungsbewilligungsbescheide*
 - a) *Nr. 05/109/2001 vom 07.12.2001 über 807.329,88 €*
 - b) *Nr. 05/111/2001 vom 12.12.2001 über 13.293,59 €*
 - c) *Nr. 05/26/2002 vom 12.07.2002 über 759.000,00 €*
 - d) *Nr. 05/52/2005 vom 29.06.2005 über 100.000,00 € und*
 - e) *Nr. 05/58/2006 vom 17.10.2006 über 332.000,00 €,*
also eine Gesamtzuwendung in Höhe von 2.011.623,47 € - abzüglich der mit Änderungsbescheid vom 18.03.2011 bereits in Teilen widerrufenen und zurückgeforderten Zuwendungen in Höhe von 201.401,99 € - werden in Höhe der verbliebenen Fördermittel von letztendlich insgesamt 1.810.221,48 € widerrufen.
5. *Die Stadt Übach-Palenberg wird verpflichtet, einen Betrag von 1.810.221,48 € an das Land Nordrhein-Westfalen zurückzuerstatten und bis zum 31.12.2011 unter Angabe des o. a. Aktenzeichens auf eins der unten angegebenen Konten nebst Zinsen in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz der Europäischen Zentralbank ab Wirksamwerden des Widerrufs nach Ziff. 3 dieses Bescheides zu überweisen. Die genaue Zinsforderung wird durch gesonderten Bescheid festgesetzt werden, wenn die Erstattung der Hauptforderung erfolgt ist.*

Bürgermeister Jungnitsch erklärte, man werde das Geld aus dem Stärkungspakt 2011 für die Zahlung der Rückforderung verwenden. So müsse zumindest kein neues Darlehen aufgenommen werden.

- - - - -

Bürgermeister Jungnitsch teilte mit, dass er ein Schreiben des Ministeriums für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes NRW über das erste KiBiz-Änderungsgesetz, das am 01.08.2011 in Kraft getreten ist, erhalten habe. Dieses Schreiben werde zur Kenntnisnahme als Anlage der Niederschrift beigefügt.

- - - - -

Weiterhin teilte **Bürgermeister Jungnitsch** mit, dass er ein Antwortschreiben des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit in der Angelegenheit Kernkraftwerk Tihange/ Belgien erhalten habe. Das Schreiben ist als Anlage der Niederschrift beigefügt.

- - - - -

Bürgermeister Jungnitsch gab bekannt, dass die Buswartehäuschen in Siepenbusch und Marienberg nun aufgestellt seien.

- - - - -

Bürgermeister Jungnitsch teilte mit, dass er von Straßen.NRW ein Schreiben betr. der Stützwand Hellebott erhalten habe und verlas das Schreiben (das Schreiben ist als Anlage der Niederschrift beigefügt).

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass die dortige ursprüngliche Treppenanlage für die Nutzung als solche überflüssig sei. Er wisse, sie diene auch der Abstützung, frage sich aber, ob eine reine Abstützungsvorrichtung nicht sinnvoller sei.

Dezernent **Gatzen** antwortete, man habe die Angelegenheit geprüft. Aus statischen Gründen sei hier keine Alternative möglich.

- - - - -

Dezernent **Gatzen** teilte mit, dass die Holzbrücke zum Naherholungsgebiet aus Gründen der Verkehrssicherheit gesperrt werden musste. Er hoffe, dass die Brücke bis zum Frühjahr wieder begehbar sei. Vielleicht könne er in der kommenden Sitzung des Bau- und Umweltausschusses bereits mehr dazu sagen.

- - - - -

Weiterhin teilte Dezernent **Gatzen** mit, dass die Baumaßnahmen "Im Winkel" weitestgehend abgeschlossen seien, der Radweg am Waubacher Weg spätestens ab der kommenden Woche befahrbar und mit den Pflasterarbeiten am Rathausplatz begonnen worden sei.

17. Bericht des Kämmers zur Finanzlage der Stadt Übach-Palenberg

Kämmerer **Beeck** berichtete über die aktuelle Finanzlage der Stadt Übach-

Palenberg. Insoweit wird auf die Anlage zur Niederschrift verwiesen.

Anschließend teilte Kämmerer **Beeck** mit, dass bzgl. des Stärkungspaktes eine Änderung des § 8 des Gesetzesentwurfs erfolgt sei. Er verlas Absatz 1 des geänderten Paragraphen:

„Kommt die Gemeinde ihrer Pflicht zur Vorlage des Haushaltssanierungsplans nicht nach, weicht sie vom Haushaltssanierungsplan ab oder werden dessen Ziele aus anderen Gründen nicht erreicht, setzt die Bezirksregierung der Gemeinde eine angemessene Frist, in deren Lauf die Maßnahmen zu treffen sind, die notwendig sind, um die Vorgaben dieses Gesetzes und die Ziele des Haushaltssanierungsplans einzuhalten. Sofern die Gemeinde diese Maßnahmen innerhalb der gesetzten Frist nicht ergreift, **ist** durch das für Kommunales zuständige Ministerium ein Beauftragter gemäß § 124 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen **zu bestellen**.“

Bürgermeister Jungnitsch erklärte hierzu, dass, wenn bei der Stadt eine solche Person eingesetzt würde, diese anstelle des Rates die finanziellen/ wirtschaftlichen Entscheidungen treffen würde.

18. Bericht über die gesponserten Aktivitäten in Übach-Palenberg

Kämmerer **Beeck** berichtete über die gesponserten Aktivitäten in Übach-Palenberg. Insoweit wird auf die Anlage zur Niederschrift verwiesen.

Anfragen

Anfrage der SPD-Fraktion:

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, er erwarte keine sofortige Beantwortung seiner Anfrage. Die Antwort könne gerne auch schriftlich erfolgen. Er würde gerne wissen, wie sich die zu leistenden Zahlungen in Bezug auf die Schweizer-Franken-Swaps unter Berücksichtigung der derzeitigen Wechselkurse entwickeln.

Kämmerer **Beeck** antwortete, er werde dies entsprechend abfragen und nachreichen. Entscheidend sei jeweils der Stichtag. Für die Beantwortung der Anfrage werde er vom nächsten Stichtag ausgehen.

(Nachträgliche Anmerkung der Verwaltung: die Beantwortung der Anfrage ist als Anlage der Niederschrift beigefügt.)

Bürgermeister Jungnitsch schloss die öffentliche Sitzung um 19.45 Uhr.
Er wünschte allen Gehenden ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch
ins neue Jahr.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss **Bürgermeister Jungnitsch** um 20.35
Uhr die Sitzung.

Er lud die Anwesenden zum anschließenden Umtrunk ein und wünschte allen schon jetzt
ein besinnliches Weihnachtsfest und ein gutes und gesundes neues Jahr 2012.

Jungnitsch
Bürgermeister

Schade
Schriftführerin